Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese Woche blockierte Twitter tagelang die Verbreitung eines Artikels der „New York Post“, der äußerst kritisch mit Joe Biden und seinem Sohn Hunter ins Gericht ging (Seite 9). Twitter hat in den USA über 60 Millionen Nutzer und ist dort wie hierzulande ein Multiplikator für Multiplikatoren – heißt, viele Journalisten und Politiker lesen mit und verbreiten weiter, was sie dort finden. Werden auf der Plattform Inhalte blockiert, erreichen sie Millionen Menschen nicht.

Im Grunde muss man Twitter dankbar sein. Der Konzern hat auf so plumpe, radikale Art seine Macht im Meinungsstreit gezeigt, dass auch dem Letzten klar geworden sein dürfte: Es geht hier nicht um Biden oder Trump oder ums Entfernen eindeutiger Inhalte, die gegen das Strafrecht verstoßen (wie Holocaustleugnung) oder gegen den Jugendschutz (wie Pornografie). Es geht um die Frage, wer Journalismus verbreiten darf. Twitters Eingriff dürfte von der amerikanischen Verfassung geschützt sein. Und verstößt doch gegen grundlegende Regeln westlicher Gesellschaften.

Klar – die Herausforderungen für Twitter und auch Facebook sind groß. Verschwörungsquatsch (siehe Seiten 15–18), Drohungen, Fake News stehen im Netz neben seriösen Nachrichten. Dadurch entstehen Probleme. Sie müssen behoben werden. Allerdings mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein. Meinungsfreiheit gehört zu den grundsätzlichen Werten unserer Gesellschaft. Doch Twitter und Facebook pfeifen drauf. Wären die Firmen keine digitalen Plattformen, sondern existierten vor Ort als Laden, dann würden sie nur die Zeitungen verkaufen, deren Inhalte ihnen passen. Gleichzeitig würden ihnen aber 99 Prozent aller Verkaufsstellen gehören, Supermärkte, Kioske, Bäckereien. Man muss mit dem Begriff „Zensur“ vorsichtig sein, weil er voraussetzt, dass es eine staatliche oder wenigstens zentrale Stelle gibt, die Meinungen unterdrückt. Und weil Zensur in der Regel in Diktaturen stattfindet, nicht in freien Demokratien wie jener, in der wir leben. Die Plattformen aber sind dank ihrer Marktmacht und ihrer vollkommenen Ignoranz im Hinblick auf Presse- und Meinungsfreiheit auf dem besten Weg, die Verwendung dieses Begriffes zu rechtfertigen.

Herzliche Grüße
Johannes Boie
Chefredakteur WELT AM SONNTAG

AUTOREN DIESER AUSGABE

Carolina Drüten berichtet während der Präsidentschaftswahl aus den USA. Diese Woche hat sie sich unter Arbeitern in Detroit umgehört. Gebürtig kommt sie aus dem Ruhrgebiet – und fühlte sich in der ältesten Industrieregion Amerikas wie zu Hause. **Seite 9**

Henryk M. Broder versucht, schreibend dem Alter davonzulaufen. Wenn er nicht schreibt, schaut er fern, am liebsten Arte und RTL 2. In dieser Ausgabe erklärt er, warum wir mehr Autobahnen brauchen. **Seite 10**

Andrea Seibel hat in den vergangenen 15 Jahren jede freie Minute und alle Urlaube damit verbracht, ihren Garten zu verschönern. Und dabei eine alte Kindheitsliebe wiederentdeckt – auf ihrer Streuobstwiese. Nach der Ernte fand sie Zeit für eine Hymne auf den Apfel. **Seite 57**

KUNDENSERVICE
Briefffach 2264, 20350 Hamburg
Telefon: 0800/926 75 37*
Fax: 0800/926 77 37
E-Mail: kundenservice@wams.de
Öffnungszeiten: Mo–Sa 7–19 Uhr, So 9–13 Uhr
(*Gebührenfrei aus dt. Festnetz und von allen dt. Mobiltelefonen)

Aber SO leben

Das Coronavirus ist gefährlich, genauso bedrohlich aber ist der Angriff auf unsere freiheitliche Ordnung, die wir gegenwärtig erleben. Warum nimmt die Gesellschaft dies so ergeben hin? Warum fordern die Parlamente nicht ihr Recht auf Mitbestimmung ein, fragt *Andreas Rosenfelder*

Die zweite Welle ist längst da, aber seltsamerweise schlägt niemand Alarm. Nein, es geht hier ausnahmsweise einmal nicht um den Anstieg der Infektionszahlen, das seit Wochen alles beherrschende Thema in Politik und Medien. Es geht um die zweite Welle der Maßnahmen, mit denen sich unsere Gesellschaft gegen die saisonale Wiederkehr des Coronavirus wappnet. Reisebeschränkungen, Sperrstunden, Beherbergungsverbote, Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht im Freien: Selbst wenn man unterstellt, dass jede einzelne dieser Maßnahmen effektiv und geboten ist, muss man sich doch langsam fragen, was das eigentlich für eine Gesellschaft sein soll, die so drakonisch vor sich selbst geschützt werden muss – und was noch von ihr übrig bleibt, wenn der große Ausnahmezustand einmal vorbei ist.

VON ANDREAS ROSENFELDER

Oder bleibt einfach nur der Ausnahmezustand übrig? Es gibt schließlich, bei aller berechtigten Hoffnung, keine Garantie dafür, dass eine Impfung kommt und den Spuk beendet. Viren sind zählebig, das lehrt die Geschichte.

Wir sind es zum Glück auch, als Einzelwesen wie als Gattung. Knapp 10.000 Tote hat Deutschland in der Pandemie bisher zu beklagen, und jeder einzelne Fall ist tragisch. Ein Anstieg der Gesamtsterblichkeit aber ist bei uns bislang ausgeblieben: ein Erfolg des deutschen Gesundheitswesens und sicher auch des deutschen Corona-Managements.

Allerdings beruht das feine Gewebe, das wir Zivilisation nennen, nicht allein auf der Tatsache, dass wir leben. All seine Fäden – das unterscheidet das Gemeinwesen von der archaischen Überlebensgemeinschaft – laufen vielmehr in der Frage zusammen, wie wir leben wollen. Das Grundgesetz, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat im April darauf hingewiesen, stellt nicht die Gesundheit, auch nicht das Leben an die erste Stelle, sondern die Würde, also die sittliche Selbstbestimmung des Individuums (übrigens auch eine Abgrenzung vom menschenfeindlichen Lebens- und Gesundheitskult der NS-Zeit).

Wollen wir leben wie jetzt, im Zweifel auf Dauer? Wollen wir uns daran gewöhnen, dass fundamentale Freiheitsrechte immer nur dann gelten, wenn bestimmte Verdopplungszeiten, Reproduktionsfaktoren oder Sieben-Tage-Inzidenzen nicht unter- oder überschritten werden? Die freie Gesellschaft kann auch kaputtgehen, ohne dass Menschen sterben: Das ließ sich schon vor dem Corona-Notstand an ein paar westlichen Ländern beobachten, die uns nah und vertraut erschienen – und die dann plötzlich, fast wie aus Versehen, ins Unfreie, Dystopische gekippt sind.

Davon sind wir in Deutschland weit entfernt. Das zeigt schon die Tatsache, dass Gerichte in Berlin, Brandenburg, Hamburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen das unwürdige und selbst aus epidemiologischer Perspektive unsinnige Beherbergungsverbot für rechtswidrig erklärt haben. Die Judikative macht ihren Job, der Rechtsstaat lebt. Erschreckend ist allerdings, dass dieser Irrsinn, in dem sich kopflose Landesregierungen plötzlich einig waren, erst von Richtern gestoppt wurde.

Wo waren die Parlamente, deren vornehmste Aufgabe die Kontrolle der Exekutive ist, wo war das „Säurebad eines erbarmungslosen öffentlichen Diskurses“, das Habermas einst feierte? Wenn man die innerdeutsche Reisefreiheit, in den Revolutionen von 1848 und erneut 1989 erkämpft, im Handstreich abschaffen kann, ohne dass sich die Zivilgesellschaft aufbäumt – was ist dann noch alles möglich? Der RKI-Chef Lothar Wieler kann sich, in völliger Verkennung seiner Kompetenzen, bereits eine Abriegelung von Risikogebieten „vorstellen“. Muss es mit Blick auf die deutsche Geschichte nicht beunruhigen, dass ein einziges Gesetz, nämlich das Infektionsschutzgesetz, einen so fundamentalen Umbau der Gesellschaft tatsächlich erlaubt?

Beunruhigender als die Maßnahmen, über deren Sinn man in jedem Einzelfall diskutieren kann, ist die Tatsache, dass diese Diskussion kaum stattfand – und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem das Coronavirus längst nicht mehr so neu und unbekannt war, dass man wie im Frühjahr aus Vorsicht zu den allergröbsten Instrumenten greifen musste.

Doch alle Vorsätze, beim zweiten Mal überlegter und planvoller zu handeln, besser abzuwägen und die gesellschaftlichen Aspekte stärker in den Blick zu nehmen, sind vergessen. Im Gegenteil: Es wirkt fast so, als wären jene Grundrechte, die schon seit dem März nur sehr bedingt gelten, eben dadurch nachhaltig ramponiert worden und so im Wert gefallen, dass sie nun jeder überforderte Bürgermeister einkassieren kann, im Zweifel flankiert von privaten Hilfssheriffs. Doch die Kritik daran wird weitgehend den Verschwörungstheoretikern überlassen.

Ob es um die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum geht, die ein zentrales Erkennungsmerkmal liberaler Gesellschaften ist, um die Freiheit der Person, die Gewerbefreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung: Die Exekutivkräfte auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene überbieten sich in der Verhängung von Restriktionen, wie man sie vor Corona nur aus Diktaturen kannte. Dass sich im internationalen Vergleich immer noch viel drastischere Maßnahmen finden lassen, ist ein schlechter Trost. So verbietet London seinen Bürgern allen Ernstes, in der eigenen Wohnung Besuch zu empfangen; in Australien wiederum bekommen Menschen, die im Internet zu Protesten gegen die Corona-Politik aufrufen, physischen Besuch von der Polizei.

All diese Maßnahmen wurden, man muss das betonen, von demokratisch gewählten Regierungen erlassen, und das, zumindest in den meisten Fällen, mit Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung. Dennoch, vielleicht sogar deshalb entsteht ein mulmiges Gefühl. Wie lange kann eine Demokratie demokratische Rechte aussetzen, ohne ihren Charakter als Demokratie zu verlieren? Für ein paar Monate? Für Jahre? Immer wieder, gar für immer? Das sind in diesen Tagen keine Prüfungsthemen für Staatsphilosophen, sondern Fragen, die sich jeder Bürger, jede Bürgerin stellen sollte.

Überfliegt man die politische Landschaft der Gegenwart in der Vogelperspektive, so bietet sich ein Schlachtfeld dar: Überall werden „steigende Infektionszahlen“ mit „strengeren Maßnahmen“ bekämpft, die freilich, das liegt im Wesen des antiviralen Kriegs, nie „weit genug gehen“ können. Dass es um das „Infektionsgeschehen“ herum eine komplexe, verletzliche Gesellschaft gibt, scheint immer nebensächlicher zu werden.

An der ungesunden Fixierung auf die Infektionszahlen, die das reale Krankheitsgeschehen ja keineswegs abbilden, haben auch die Medien ihren Anteil: Sie tickern – da sind auch wir keine Ausnahme – die „explodierenden“, „alarmierenden“ oder „dramatischen“ Zahlen in einer sonst nur aus Terrorlagen vertrauten Dringlichkeit durch und treiben damit die eh schon verängstigte Bevölkerung immer tiefer in die Furcht vor dem „Kontrollverlust“ hinein, was wiederum den Aktionismus der Politik anheizt. Im Versuch, sich als Retter in der Not zu profilieren, greifen Politiker aller Ebenen im Zweifel zur deutlichsten Restriktion, selbst wenn diese – wie etwa die in ihrem Nutzen fragwürdige Maskenpflicht im Freien – eher symbolischen Charakter hat.

Natürlich ist es keine Option für eine verantwortungsvolle Politik, alles laufen zu lassen. Das tut ja nicht einmal die schwedische Regierung, die sich (aus heutiger Sicht klug) früh auf die Aussetzung von Großveranstaltungen konzentrierte, dafür aber den Normalbetrieb in den besonders sensiblen Grundschulen garantierte. Bei uns hingegen ließ man im Sommer Hochzeitsfeiern mit mehreren Hunderten Gästen zu, plant nun aber schon wieder den „Schichtbetrieb“ selbst an Grundschulen – was faktisch eine Halbierung des Unterrichts für Millionen von Kindern bedeuten würde, eine Katastrophe. Und das, obwohl Gesundheitsminister Jens Spahn kürzlich festgestellt hat, dass nach gegenwärtigem Wissensstand private Feiern, nicht aber Schulen zum Anstieg der Infektionszahlen beigetragen haben.

Warum solch offensichtlicher Widersinn? Eine Prüfung des Nutzens und der Verhältnismäßigkeit der einzelnen Maßnahmen, etwa durch einen mit allen Disziplinen besetzten Expertenrat, findet nicht statt: Die Corona-Politik wirkt wie aus dem Bauch heraus gemacht, was das Vertrauen in die getroffenen Entscheidungen schwächt.

Wollen wir nun also so leben? Wollen wir uns mit einer rudimentären Notausgabe der Gesellschaft anfreunden, solange das Coronavirus im Umlauf ist – und folglich, das wäre nur konsequent, auch dann, wenn uns künftig vergleichbare Viren begegnen? Man kann diese Frage mit Ja oder mit Nein beantworten. Aber dafür muss man sie zunächst einmal stellen. Eine Politik, die sich nur von Infektionszahlen treiben lässt, höhlt das Gemeinwesen aus. Will man sie, kann man das politische System gleich durch einen Algorithmus ersetzen – das ist schließlich auch eine Option, siehe China. Die Welt verändert sich gerade schneller und tiefgreifender als nach dem 11. September – was von diesen Veränderungen bleibt, auch wenn Corona verschwindet, wird heute schon von uns entschieden.

Die Pandemie ist ein Charaktertest, so hat es Jens Spahn ausgedrückt. Stimmt, aber das gilt eben auch für die Politik. Setzt sie auf die verlockende, aber gefährliche Macht des dauerhaften Durchregierens per Verordnung? Oder versteht sie sich gerade jetzt, wo es wirklich darauf ankommt, als Instanz des Ausgleichs widerstrebender Interessen? Es ist ein Skandal von historischem Ausmaß, dass die Parlamente als Orte dieses Ausgleichs nicht lauthals ihr Recht auf Mitsprache einklagen. Und es ist ein Drama, dass die politischen Akteure in vieler Hinsicht gar nicht wissen wollen, was sie da tun.

Wo ist die „Ampel“, die auf rot umspringt, wenn die Anzahl der drohenden Konkurse einen kritischen Wert überschreitet? Wo ist die Ampel für den bleibenden Schaden, den eine Generation von Kindern davonträgt, wenn man ihr ein weiteres verstümmeltes Schuljahr zumutet? Wo ist die Ampel für den gesamtgesellschaftlichen Stress, der angesichts der ständigen Drohung mit dem „zweiten Lockdown“, der doch angeblich „um jeden Preis vermieden“ werden muss, schnell in Verzweiflung umschlagen kann – mit fatalen Folgen für Gesundheit, Konjunktur und politische Tektonik? Warum gibt es keine Obergrenze für die weit überproportionale Belastung von Familien?

Die Gefahr durch Corona ist ernst, aber die Gefahren eines nur auf die Bekämpfung der Pandemie fixierten Regierens sind es auch. Solidarisch wäre eine Politik der Krise erst dann, wenn sie neben den Infektionen auch diese sehr realen Schäden in ihr Kalkül aufnähme – und dann unter Abwägung der Gesichtspunkte einen zweifellos schwierigen Ausgleich versuchte. Das Regieren im Reiz-Reaktions-Schema ist sehr viel leichter als diese Abwägung. Besser, vernünftiger oder gar moralischer ist es nicht.

THOMAS KUHLENBECK FÜR WELT AM SONNTAG